

B. Leistungsbeschreibung

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	2
II.	Vorbemerkung.....	2
	1. Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V.....	2
	2. Verein zur Förderung der Arbeitssicherheit in Europa e.V. (VFA).....	3
III.	Rahmenbedingungen	3
	1. Leistungsorte und Zeiten der Dienstleistung.....	3
	2. IT-Umgebung	4
IV.	Leistungsanforderungen und -umfang.....	4
	1. Allgemeine Anforderungen	4
	2. Prüfungsauftrag.....	4
	3. Anforderung an die Prüfungsdurchführung.....	5
	4. Leistungsumfang und Termine	5
	5. Trauhandvermögen zur Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben.....	6
	a) Prüfungsauftrag	7
	b) Leistungsumfang und Termine	7
V.	Optionale Leistungen	8
VI.	Anlagen.....	8

I. Einleitung

Die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e. V. (DGUV) ist der Spitzenverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand. Die neun gewerblichen Berufsgenossenschaften sind nach Branchen orientiert. Die Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand gliedern sich in 16 Unfallkassen, drei Gemeindeunfallversicherungsverbände, vier Feuerwehr-Unfallkassen sowie die Unfallversicherung Bund und Bahn.

Der Verband nimmt die gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder wahr und fördert deren Aufgaben zum Wohl der Versicherten und Unternehmen. Er vertritt die gesetzliche Unfallversicherung gegenüber Politik, Bundes-, Landes-, europäischen und sonstigen nationalen und internationalen Institutionen sowie Sozialpartnern.

II. Vorbemerkung

1. Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V.

Der AG ist als rechtsfähiger Verein des Privatrechts organisiert. Mitglieder dieses Vereins sind die Berufsgenossenschaften und die Unfallkassen. Dem Verband angegliedert sind die sechs rechtlich unselbständigen Landesverbände Nordwest, Nordost, West, Mitte, Südwest und Südost. Die Mitglieder sind jeweils als juristische Personen des öffentlichen Rechts anerkannt (jPöR). Der DGUV ist als Berufsverband anerkannt (vgl. § 2 Abs. 7 der Satzung vom 01.06.2007).

Der AG nimmt beispielsweise folgende Aufgaben wahr:

- Durchführung, Koordinierung und Förderung gemeinsamer Maßnahmen sowie der Forschung auf dem Gebiet der Prävention von Arbeitsunfällen
- Vorbereitung und Ausarbeitung von Muster-Unfallverhütungsvorschriften
- Weiterentwicklung des Berufskrankheitenrechts
- Erlass von Richtlinien für die Erbringung von Leistungen der medizinischen Rehabilitation
- Durchführung des Ausgleichs und weiterer gesetzlich übertragener Aufgaben im Rahmen der Lastenverteilung gemäß SGB VII
- Politische Vertretung der gesetzlichen Unfallversicherung

Der Verband fördert die gemeinsamen Aufgaben der Mitglieder auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes sowie der Fort- und Weiterbildung im Arbeitsschutz insbesondere auf dem Gebiet der Prävention von Arbeitsunfällen und von Arbeits-, Wege- und Dienstwegeunfällen.

Die Finanzierung des Verbandes erfolgt im Wesentlichen durch Beiträge der Mitglieder. Die Beiträge werden nach den von der Mitgliederversammlung festgelegten Beitragsgrundsätzen im Wege einer Umlage erhoben.

Die Jahresrechnung wird auf Basis der doppelten Buchführung nach weitgehend kaufmännischen Grundsätzen aufgestellt. Die Buchführung lehnt sich an die Vorschriften und daraus abgeleiteten Regelungen der Bundeshaushaltsordnung an und enthält kameralistische Elemente. Zusätzlich werden die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, die „Grundsätze für das Finanz- und Rechnungswesen des AG (Buchungs- und Rechnungslegungsgrundsätze)“, die „Vorschriften für das Finanz- und Rechnungswesen“, einschlägige vereinsrechtliche Vorschriften und ergänzende satzungsmäßige Bestimmungen über die Jahresrechnung beachtet und berücksichtigt.

2. Verein zur Förderung der Arbeitssicherheit in Europa e.V. (VFA)

Der VFA verfolgt den Zweck, die Arbeitssicherheit dadurch zu fördern, dass er alle geeigneten Maßnahmen ergreift oder unterstützt, um sicherzustellen, dass die im Rahmen der Harmonisierung in Europa erforderlichen Spezifikationen, insbesondere im Bereich der Normung, in voller Übereinstimmung mit den Rechtsakten und Beschlüssen der Europäischen Union geplant, erstellt, ausgeführt und überwacht werden.

Mitglieder des VFA sind die gewerblichen Berufsgenossenschaften und die Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand. Die Organe des VFA (Vorstand und Mitgliederversammlung) entsprechen denen des AG.

Zu den Aufgaben des VFA gehört es, Projekte und Maßnahmen zu fördern und zu betreiben, die der Sicherheit und dem Gesundheitsschutz dienen. Dazu arbeitet er national, europäisch und international mit Behörden, Organisationen und Institutionen mit vergleichbaren Zielen zusammen.

Die Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN) ist ein Projekt des VFA. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) unterstützt die Finanzierung der KAN. Der VFA ist als gemeinnütziger Verein steuerlich anerkannt.

Die Jahresrechnung wird auf Basis der doppelten Buchführung nach weitgehend kaufmännischen Grundsätzen aufgestellt. Die Buchführung lehnt sich an die Vorschriften und daraus abgeleiteten Regelungen der Haushaltsordnung an und enthält kameralistische Elemente.

III. Rahmenbedingungen

1. Leistungsorte und Zeiten der Dienstleistung

Der Hauptsitz des AG befindet sich in Berlin, das Finanz- und Rechnungswesen ist hingegen am Verwaltungsstandort Sankt Augustin untergebracht. Der Bereich setzt sich aus der Anlagen-, Debitoren- und Kreditorenbuchhaltung zusammen.

Die ausgeschriebene Wirtschaftsprüferleistung kann in einem Zeitfenster von Mitte Februar bis spätestens Mitte März erfolgen. Die genaue Terminabsprache erfolgt bis spätestens Ende Oktober des jeweiligen Vorjahres. Die Jahresabschlussprüfung erfolgt am Standort Sankt Augustin; eine ggf. erforderliche IT-Prüfung muss am Standort Mainz beim SAP-Dienstleister durchgeführt werden.

Die Büroräume stehen montags bis freitags von 07:00 Uhr bis 19:00 Uhr zur Verfügung.

Die erforderlichen Unterlagen werden zu Beginn der Prüfung bereitgestellt. Die Verfügbarkeit zur Mitwirkung bei der Prüfung seitens der Mitarbeiter des AG wird gegeben sein. Ebenso stellt der AG den Prüfern Räume sowie Zugang zum Dienstsitz und PC mit einem Online-Zugriff für die Softwareanwendungen, inklusive teilweise digitalisierter Buchungsbelege, zur Verfügung.

Am Standort Sankt Augustin erfolgt über das Finanz- und Rechnungswesen auch die Jahresabschlussprüfung der VFA.

2. IT-Umgebung

Für die Finanzbuchhaltung wird das ERP-System SAP S4/HANA der SAP SE eingesetzt.

Mit der Software stehen zahlreiche, integrierte Module für die Abbildung und Steuerung finanzrelevanter Prozesse zur Verfügung, wie Buchhaltung, Anlagenbuchhaltung, Zahlungsverkehr, Logistik und Kostenrechnung.

Der Zugriff auf die zentrale Datenbank erfolgt unter strikter Einhaltung eines USER-gesteuerten Rechtekonzeptes.

IV. Leistungsanforderungen und -umfang

Mit dieser Ausschreibung beabsichtigen der AG und der VFA, den Auftrag zur Prüfung der Buchführung, der jeweiligen Jahresrechnung bestehend aus der Vermögens- und Umlagerechnung, einem leistungsfähigen und fachkundigen Wirtschaftsprüfer (AN) zu erteilen. Die Prüfung erfolgt erstmals für das Geschäftsjahr 2026 und sodann jährlich für die gesamte Vertragslaufzeit.

1. Allgemeine Anforderungen

Im Rahmen der Leistungserbringung wird vom AN eine umfassende Mandantenbetreuung erwartet. Dazu zählt insbesondere, dass der AN für die Vertragslaufzeit einen festen Stamm an Ansprechpartnern (einschließlich eines verantwortlichen Prüfungsleiters) definiert, die dem AG in den regulären Dienstzeiten, Montag bis Freitag von 8:00 bis 17:00 Uhr, für telefonische und persönliche Gespräche und die Klärung themenbezogener Fragen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus wird die kontinuierliche Unterstützung des AG und des VFA bei Prüfungen durch Prüfungsinstanzen vorausgesetzt. Ebenso wird erwartet, dass der AN den AG unternehmensbezogen umfänglich informiert, etwa zu gesetzlichen Änderungen im Zuwendungs-, Vereins- oder Steuerrecht. Der Nachweis der Qualitätskontrolle gem. § 57a WPO ist vorzulegen.

2. Prüfungsauftrag

Der AN hat die freiwillige Prüfung des Jahresabschlusses des AG und VFA gem. §§ 317 ff. HGB und unter Beachtung der satzungsgemäßen Bestimmungen sowie der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW) festgelegten Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfungen (vgl. Fachgutachten, Stellungnahmen und Prüfungsstandards des IDW) vorzunehmen.

Durch die Prüfung soll der AN beurteilen und bestätigen, dass die Erstellung der Jahresrechnung, bestehend aus der Vermögens- und der Umlagerechnung, auf der Grundlage ordnungsgemäßer Buchführung und den Grundsätzen der DGUV für das Finanz- und Rechnungswesen

vorgenommen wurde. Insbesondere ist zu beurteilen und zu bestätigen, dass die Aussagen des Abschlusses richtig sind und eine den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechende Vermögens-, Finanz- und Ertragslage widerspiegeln.

Der AN hat die Prüfungsplanung (Prüfungsstrategie und -programm) sowie die Prüfungshandlungen so zu gestalten und vorzunehmen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße hinsichtlich der Darstellungen in der Jahresrechnung mit hinreichender Sicherheit erkannt sowie die gesetzlichen und satzungsrechtlichen Vorgaben erfüllt werden.

3. Anforderung an die Prüfungsdurchführung

Der AN hat ein Prüfungsteam bereitzustellen, welches durch eine fachlich qualifizierte Projektleitung und stellvertretende Projektleitung geführt wird.

Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass das Prüftteam für die jeweils zu erbringenden Leistungen über die erforderlichen fachlichen Qualifikationen verfügt. Der Einsatz von Junior Associates ist auf unterstützende Tätigkeiten zu beschränken und muss in einem angemessenen Verhältnis zum Gesamtteam stehen.

Während der Hauptprüfung hat der AN für das Prüfungsteam eine Vorort-Präsenz von mindestens 8 Vollzeitarbeitstagen zu gewährleisten. Diese Präsenzpflcht bezieht sich auf den Standort Sankt Augustin. Darüber hinaus kann der Auftraggeber nach vorheriger Abstimmung den Einsatz vor Ort an weiteren Standorten der DGUV verlangen. Im Übrigen erfolgt die Leistungserbringung remote.

Im Anschluss der Hauptprüfung erfolgt ein Abschlussgespräch durch den AN mit dem AG unter Hinzuziehung der Geschäftsführung, in dem sowohl die Vermögens- und Umlagerechnung als auch die Eröffnung wesentlicher Prüfungsfeststellungen kurz vorgestellt und erläutert werden. Zudem sollen die daraus abgeleiteten Empfehlungen für die Folgeprüfung dargestellt und kurz erörtert werden. Die zeitliche und örtliche Terminabstimmung erfolgt entsprechend zwischen AN und AG. Als Ergebnis erhält der AG vom AN einen Prüfungsbericht nebst erforderlichen Anlagen sowie einen Bestätigungsvermerk jeweils bis zur Mitgliederversammlung Anfang Juni.

Zusätzlich verpflichtet sich der AN zur Präsentation der Jahresrechnung im Rahmen der Hauptausschuss- und Finanzausschusssitzung zum Thema Rechnungslegung in der DGUV. Zur Vorbereitung wird ein Vorgespräch mit den Vorsitzenden der Ausschüsse geplant. Hier wird sowohl die Erläuterung der Jahresrechnung als auch die Bereitschaft zur Beantwortung von Fragen des Gremiums nach bestem Wissen und Gewissen erwartet. Die zeitliche und örtliche Terminabstimmung erfolgt entsprechend zwischen AN und AG. Nach Absprache zwischen AN und AG kann es zu weiteren Präsenzterminen in Gremien kommen, was aber in der Regel nicht erforderlich ist.

4. Leistungsumfang und Termine

Sofern der AN eine Vorprüfung für erforderlich hält, kann er diese im November des zu prüfenden Jahres vornehmen. Der Zeitraum für eine Vorprüfung ist mit einer Vorlaufzeit von mindestens zwei Monaten mit dem AG abzustimmen.

Die Erstellung des Jahresabschlusses durch den AG und den VFA erfolgt in der Regel bis spätestens Ende Februar des Folgejahres.

Vorhaben: Wirtschaftsprüfungsleistungen (26_EU_022), Version 1

Mit dem Jahresabschluss erhält der AN die Vermögensübersicht, die Übersicht über die Ertrags- und Aufwandsrechnung, die Summen- und Saldenliste, die Sachkontenblätter sowie die relevanten Vorgangs- und Arbeitsdokumente.

Der Prüfungsbericht sollte neben den reinen Ausführungen über Gegenstand-, Art- und Umfang der Prüfung sowie den Feststellungen und Erläuterungen und Bescheinigung die folgenden Berichtsanlagen enthalten:

- Vermögensrechnung zum 31.12. des jeweiligen Berichtsjahres
- Umlagerechnung für das jeweilige Berichtsjahr
- Entwicklung des Anlagevermögens
- Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben nach Abteilungen (Aufbereitung und Bereitstellung erfolgt durch Auftraggeber)
- Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben mit Planzahlenvergleich (Aufbereitung und Bereitstellung erfolgt durch Auftraggeber)
- Vereinsrechtliche Grundlagen
- Steuerliche Verhältnisse
- Wirtschaftliche Verhältnisse
- Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Vermögens- und Umlagerechnung.

Zur Vorbereitung auf die Jahresabschlussprüfung des AG und des VFA ist eine Einführungsbesprechung zwischen AN und AG erforderlich.

Der AN kann seine Prüfungshandlungen in der Regel ab Anfang Februar beginnen.

Als Ergebnis der Prüfungshandlungen zur Buchführung und zum Jahresabschluss hat der AN einen Prüfungsbericht nebst erforderlichen Anlagen sowie einen Bestätigungsvermerk bis zur jeweils ersten Sitzung des Hauptausschusses zu erstellen und rechtzeitig zur ersten Jahres-sitzung des Finanzausschusses im Entwurf vorzulegen.

Der AN erstellt den Prüfungsbericht in Form von jeweils 10 gebundenen Ausfertigungen nebst erforderlichen Anlagen sowie in einer Dateiform (pdf) für interne Zwecke und zu Veröffentlichungszwecken (z. B. Bundesanzeiger).

Darüber hinaus erstellt der AN jeweils digitale Ausfertigungen eines Kurzexemplars zur Jahresrechnung in deutscher Fassung zur Vorlage bei Banken, Zuwendungsgebern und Behörden.

5. Treuhandvermögen zur Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben

Die gewerblichen Berufsgenossenschaften (BG) haben mit Wirkung ab dem 1. Januar 2007 bzw. ab dem 1. Januar 2019 ein gemeinsames Treuhandvermögen eingerichtet, welches beim AG geführt wird. Der AG benötigt keine Erlaubnis nach § 32 Abs. 1 KWG.

a) Prüfungsauftrag

Aufgabe des AN ist es, auf der Grundlage der Prüfung durch den AG ein Urteil zur zutreffenden Anwendung der Vorschriften gemäß §§ 5 – 9 des Statuts für das Treuhandvermögen zur Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben der gewerblichen Berufsgenossenschaften und Unfallkassen in der als Anlage beigefügten Aufstellung über das Treuhandvermögen zur Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben abzugeben.

Eine Prüfung umfasst die Durchführung von Prüfungshandlungen, um Prüfungsnachweise für die in der Aufstellung über das Vermögen enthaltenen Wertansätze zu erlangen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des AN.

b) Leistungsumfang und Termine

Die Erstellung des Vermerks über die Prüfung des Treuhandvermögens zur Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben erfolgt in der Regel bis zur jeweils ersten Sitzung des Hauptausschusses des Folgejahres durch den AN.

Der AN kann die Prüfungshandlungen in der Regel ab dem 01. Februar beginnen.

Als Ergebnis der Prüfungshandlungen zu dem Verwendungsnachweis hat der AN einen Prüfungsbericht in einer Entwurfsfassung jeweils bis zum 15. März zu erstellen und zur internen Erörterung vorzulegen. Die genaue Terminvorgabe erfolgt spätestens im Rahmen der Hauptprüfung und richtet sich nach den zeitlichen Planungen der Gremienläufe der Geschäftsführung.

Der AN erstellt 5 Exemplare des Prüfungsberichtes in gebundener Form sowie in Dateiform (pdf).

6. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

a) Mitwirkungspflichten

Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer die für die Prüfung erforderlichen Unterlagen, insbesondere Jahresrechnung, Summen- und Saldenlisten sowie Sachkontenblätter, vollständig und rechtzeitig, spätestens bis Ende Februar des jeweiligen Folgejahres, bereit. Er benennt für die gesamte Prüfungsdauer geeignete Ansprechpersonen.

b) Folgen verzögerter Bereitstellung

Bei nicht rechtzeitiger oder unvollständiger Bereitstellung gilt:

- **Fristverlängerung:** Die vereinbarten Abgabetermine verschieben sich um den Zeitraum der Verzögerung, mindestens um 15 Werktage. Der Auftragnehmer teilt die angepassten Termine unverzüglich schriftlich mit.
- **Anzeigespflicht:** Der Auftragnehmer zeigt eine drohende Termingefährdung unverzüglich schriftlich an. Eine Berufung auf verzögerte Bereitstellung ist ausgeschlossen, soweit die Anzeige schuldhaft unterblieben ist.

V. Optionale Leistungen

Auf besondere schriftliche Aufforderung durch den AG kann der AN mit zusätzlichen Leistungen beauftragt werden. Dazu zählen unter anderem:

- Die Erstellung zusätzlicher Bestätigungen für Zuwendungsgeber (ggf. auch in Englisch)
- Die Wahrnehmung von Sonderprüfungen und außerordentliche Beratung an den Standorten der DGUV
- Information über wesentliche relevante gesetzliche Änderungen mit Auswirkungen für das Finanz- und Rechnungswesen (ggf. Angebot von Schulungsangebot wünschenswert)

Die optionalen Leistungen werden separat auf Basis der Stundensätze (Preisblatt) abgerechnet. Für umfangreichere Leistungen erstellt der AN auf Anforderung vorab ein Angebot.

VI. Anlagen

- Vorschriften zum Finanz- und Rechnungswesen: Die Vorschriften zum Finanz- und Rechnungswesen konkretisieren die Grundsätze und beinhalten Regelungen zum Zahlungsverkehr, die Kassenordnung, zum Belegwesen und zur Form und Führung der Bücher. Von den Regelungssachverhalten und dem Konkretisierungsgrad orientieren diese sich stark an der SRVwV.
- Grundsätze des Finanz- und Rechnungswesens: Die Grundsätze des Finanz- und Rechnungswesens beinhalten Grundsätze für die Erstellung der Jahresrechnung (Form und Inhalt, Abbildung Anlagevermögen, Forderungen und Verbindlichkeiten, Rückstellung und Rechnungsabgrenzung) sowie der Buchführung allgemein.
- Satzung der DGUV
- Grundsätze für die Aufstellung und Bewirtschaftung des Haushaltsplans: Die Grundsätze für die Aufstellung und Bewirtschaftung des Haushaltsplans regeln u.a. Gliederung, Zuständigkeiten, Deckungsfähig- und Übertragbarkeiten.